

VERGLEICHENDE UNTERSUCHUNG ZUR FRAGE DER ENTMÜNDIGUNG
WEGEN GEISTESKRANKHEIT UND GEISTESSCHWÄCHE

(Jahrgänge 1926-28, 1936-38, 1956-58)

von

ERNST SPRENGER

1965

Aus dem Institut für Gerichtliche Medizin und Kriminalistik
der Johannes Gutenberg - Universität Mainz
Direktor: Professor Dr. med. Dr. phil. Kurt Wagner

VERGLEICHENDE UNTERSUCHUNG ZUR FRAGE DER ENTMÜNDIGUNG
WEGEN GEISTESKRANKHEIT UND GEISTESSCHWÄCHE
(Jahrgänge 1926-28, 1936-38, 1956-58)

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen Medizinischen Fakultät
der Johannes Gutenberg - Universität Mainz

vorgelegt von
ERNST SPRENGER
aus Mainz

MAINZ 1965

Dekan: Professor Dr.med. G. W. Korting
Referent: Professor Dr.med Dr.phil. Kurt Wagner
Tag der mündl.Prüfung: 16. Juli 1965

Gesamtherstellung Ditters Bürodienst, Mainz, Augustinerstr.64-66

GLIEDERUNG

Seite

I. Die Schutzmaßnahmen des BGB bei geistigen Gebrechen	1
II. Die Bestimmungen des § 6 Ziff. 1 BGB	1
III. Das Entmündigungsverfahren in der ZPO	3
IV. Die Fragestellung der Untersuchung	4
V. Die statistische Methodik	5
1. Die Grundgesamtheit der Untersuchung	5
2. Die Repräsentanz der Stichproben	6
3. Der Stichprobenumfang	6
4. Die Aufbereitung der Daten	7
VI. Die Durchführung der Untersuchung	9
1. Die formale Abwicklung des Verfahrens	9
2. Die Beurteilung der psychischen Erkrankung durch den medizinischen Sachverständigen	17
3. Die Würdigung der zu besorgenden Angelegenheiten durch das Gericht	23
VII. Kritische Betrachtung der Ergebnisse	28
VIII. Zusammenfassung	32
IX. Literaturverzeichnis	33

I. DIE SCHUTZMASSNAHMEN DES BGB BEI GEISTIGEN GEBRECHEN

Der psychisch Kranke ist in besonderem Maß der Gefahr für ihn nachteiliger Rechtsgeschäfte ausgesetzt. Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt verschiedene Maßnahmen, um ihn vor Schaden zu bewahren.

Ist der Kranke unfähig, einen bestimmten Kreis oder einzelne seiner Angelegenheiten zu besorgen, so kann er nach § 1910, 2 BGB für diese Angelegenheiten einen Pfleger erhalten, der für diesen genau gekennzeichneten Bereich in die Rechte des Gebrechlichen eintritt.

Ist der Kranke bereits für ihn nachteilige rechtliche Verpflichtungen eingegangen, so ist es auf Grund der §§ 104, 2 und 105 BGB möglich, seinen Handlungen die rechtliche Wirksamkeit zu nehmen durch den Nachweis der Geschäftsunfähigkeit zu dem Zeitpunkt, als die rechtliche Bindung eingegangen wurde.

Der Gesetzgeber hat noch eine dritte Schutzmaßnahme geschaffen für jene Fälle, in denen die Gesamtheit der Angelegenheiten von der Unfähigkeit zu ihrer Besorgung betroffen ist, eine Pflegschaft also nicht in Frage kommt, und mit Sicherheit eine Verwicklung in unsinnige Rechtsgeschäfte vorauszu- sehen ist, welche in jedem einzelnen Fall den erneuten und rückwirkend oft recht schwierigen Nachweis der Geschäftsunfähigkeit nötig machen würden. Hier übernimmt die Entmündigung die Schutzfunktion, indem sie den geistig Gebrechlichen ganz oder teilweise aus dem Rechtsleben ausschließt.

II. DIE BESTIMMUNGEN DES § 6 Ziffer 1 BGB

§ 6 BGB lautet:

"Entmündigt kann werden:

1. wer infolge von Geisteskrankheit oder von Geistesschwäche seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag." ...

"Die Entmündigung ist wieder aufzuheben, wenn der Grund der Entmündigung entfällt."

Das Gesetz nennt noch einen zweiten und dritten Absatz des Entmündigungs- paragrafen. Verschwendung und Trunksucht werden dort unter bestimmten Voraussetzungen als weitere Entmündigungsgründe genannt. Da Verschwen- dung oder Trunksucht nicht selten Symptome einer psychischen Erkrankung oder psychopathischen Konstitution sind, kommt in diesen Fällen auch eine Entmündigung wegen Geistesschwäche in Frage (Hübner ¹⁾).

1) Hübner, A.H.: Lehrbuch, 1. c., S. 407

Der Gesetzgeber bedient sich der Ausdrücke Geisteskrankheit und Geisteschwäche, ohne sie näher zu erklären. So mag für den Mediziner die Identifizierung der Begriffe Geisteskrankheit mit Psychose und Geistesschwäche mit Schwachsinn als gegeben erscheinen. Dies ist ein Trugschluß. Die Absicht des Gesetzgebers ist deutlich zu erkennen an der unterschiedlichen rechtlichen Wirksamkeit, die er beiden Begriffen zuteil werden läßt.

§ 104 Ziff. 3 BGB formuliert: "Geschäftsunfähig ist, wer wegen Geisteskrankheit entmündigt ist." Geschäftsunfähig ist auch der Mensch bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres. Die rechtlichen Folgen der Geschäftsunfähigkeit nennt der § 105 Ziff. 1 BGB: "Die Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen ist nichtig." Der gesetzliche Vertreter handelt anstelle des Geschäftsunfähigen.

§ 114 BGB besagt: "Wer wegen Geistesschwäche, ... entmündigt ist, steht in Ansehung der Geschäftsfähigkeit einem Minderjährigen gleich, der das siebente Lebensjahr vollendet hat.

Der § 106 BGB erläutert weiter: "Ein Minderjähriger, der das siebente Lebensjahr vollendet hat, ist nach Maßgabe der §§ 107 bis 113 BGB in der Geschäftsfähigkeit beschränkt." Der beschränkt Geschäftsfähige kann Rechtsgeschäfte, die ihm lediglich einen rechtlichen Vorteil bringen, wirksam vornehmen (§ 107 BGB). Er kann mit zweckgebundenen oder ihm zur freien Verfügung überlassenen Mitteln disponieren (§ 110 BGB).

Er kann mit Ermächtigung des gesetzlichen Vertreters und der Zustimmung des Vormundschaftsgerichtes ein eigenes Geschäft betreiben und ist in allen sich daraus ergebenden Verpflichtungen unbeschränkt geschäftsfähig (§ 112 BGB).

Er kann mit Ermächtigung des gesetzlichen Vertreters in ein Dienstverhältnis eintreten und ist in allen sich daraus ergebenden Verpflichtungen unbeschränkt geschäftsfähig (§ 113 BGB). Der gesetzliche Vertreter gibt nur seine Zustimmung zum Handeln des beschränkt Geschäftsfähigen.

Der Gesetzgeber hat sich nicht an eine klinische Diagnose gebunden, sondern hat rein quantitativ festgelegt, welche Grade eines geistigen Gebrechens er kennt. Der höhere Grad wird dabei als Geisteskrankheit und der geringere als Geistesschwäche bezeichnet (Hübner¹, Aschaffenburg²). Das Wort Geist meint nicht nur den Intellekt, sondern schließt alle seelischen Bereiche wie Gefühl, Trieb und Wille ein.

Ein geistiges Gebrechen alleine führt aber nicht zur Entmündigung. Das Un-

1) Hübner, A.H.: Lehrbuch, 1. c., S. 417

2) Aschaffenburg, G.: 1. c., S. 892-94

vermögen, seine Angelegenheiten zu besorgen, wird gleichzeitig und gleichberechtigt gefordert.

Mit dem Begriff der Angelegenheiten ist die Gesamtheit der Rechte und Pflichten des zu Entmündigenden gemeint, deren Wahrnehmung ihm obliegt. Mit Gesamtheit werden nicht alle nur erdenklichen Angelegenheiten umschrieben, sondern die Summe der für den Kranken besonders bedeutsamen Anforderungen des täglichen Lebens. Die Beifügung des Pronomens "seine" zu dem Wort Angelegenheiten kennzeichnet die notwendige Hinwendung auf die individuellen Besonderheiten (Hübner ¹⁾, Langelüddecke ²⁾). Die gleiche geistige Störung kann bei einem Großkaufmann zur Entmündigung wegen Geisteskrankheit führen, während ein Hilfsarbeiter weiter in der Lage ist, seine Angelegenheiten zu besorgen.

Ist der Antrag auf Entmündigung eines Volljährigen gestellt, und besteht eine erhebliche Gefährdung seiner Person oder seines Vermögens, so kann er nach § 1906 BGB unter vorläufige Vormundschaft gestellt werden. Die rechtliche Wirkung der vorläufigen Vormundschaft entspricht der einer Entmündigung wegen Geistesschwäche. Der Betroffene ist beschränkt geschäftsfähig.

III. DAS ENTMÜNDIGUNGSVERFAHREN IN DER ZPO

In drei Punkten des Entmündigungsverfahrens kennt die Zivilprozeßordnung ein Mitwirken des Arztes.

1. Der § 649 ZPO lautet: "Das Gericht kann vor Einleitung des Verfahrens die Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses anordnen."

Diese Bestimmung erklärt sich aus dem Bestreben, von vorneherein eine mißbräuchliche Anwendung der Entmündigungsbestimmungen zu erschweren.

2. Der § 654 ZPO fordert: "Der zu Entmündigende ist persönlich, unter Zuziehung eines oder mehrerer Sachverständiger zu vernehmen ... Die Vernehmung darf nur unterbleiben, wenn sie ... nicht ohne Nachteil für den Gesundheitszustand des zu Entmündigenden ausführbar ist."

Hierbei ist nicht an eine passive Assistenz des medizinischen Sachverständigen gedacht, vielmehr wird es seine Aufgabe sein, die Besonderheiten der geistigen Störung durch die Art seiner Fragestellung dem Richter sichtbar zu machen (Gruhle ³⁾). Der Sachverständige unterstützt den Richter bei der

1) Hübner, A.H.: Lehrbuch, 1.c., S.410

2) Langelüddecke, A.: 1.c., S.145

3) Gruhle, H.W.: 1.c., S.182/83

Erhebung der Beweismittel. Die Gefahr gesundheitlicher Schäden wird nur in sehr seltenen Fällen Grund sein, die persönliche Vernehmung zu unterlassen.

3. Der § 655 ZPO bestimmt: "Die Entmündigung darf nicht ausgesprochen werden, bevor das Gericht einen oder mehrere Sachverständige über den Geisteszustand des zu Entmündigenden gehört hat."

Das Gericht ist entsprechend der Formulierung des Gesetzes weniger interessiert an einer Diagnose oder einer gelehrten Erörterung differentialdiagnostischer Möglichkeiten. Es erwartet eine erschöpfende Darlegung der psychiatrischen Befunde in einer auch dem medizinischen Laien verständlichen Formulierung, eine eingehende Untersuchung der Angelegenheiten des zu Entmündigenden sowie das Aufzeigen der Wechselbeziehungen zwischen der Krankheit und der Unfähigkeit zur Besorgung der Angelegenheiten (Langelüdecke ¹⁾). Das Sachverständigengutachten unterliegt wie jedes Beweismittel der freien Beweiswürdigung des Richters.

Der § 656 ZPO führt noch die Möglichkeit eines Aufenthaltes von bis zu 6 Wochen in einer Heilanstalt an. "Wenn dies, nach ärztlichem Gutachten, zur Feststellung des Geisteszustandes geboten erscheint und ohne Nachteil für den Gesundheitszustand des zu Entmündigenden ausführbar ist."

IV. DIE FRAGESTELLUNG DER UNTERSUCHUNG

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß die Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche einzig eine Schutzmaßnahme für den geistig Gebrechlichen darstellt und die psychische Erkrankung erst im Zusammenhang mit den Rechten und Pflichten des zu Entmündigenden gewertet werden kann.

Cohn ¹⁾ schreibt im Jahre 1925: "Die Entmündigung bedeutet ... den geistigen Tod der Persönlichkeit. Da die persönliche Freiheit eines Menschen stets dessen Ideal ist, ... sind zum Schutze jener Freiheit ... weitgehende Garantien erforderlich." Fraeb ²⁾ betont im Jahre 1942: "...im BGB zeigt sich überall ein übersteigter Individualismus. Nirgends klingt dort der Gedanke an, daß über allem als Höchstwert das Gesamtwohl steht ... Das Recht soll die große Schutzordnung des Gemeinschaftslebens werden."

1) Cohn, Th.: 1. c., S. 316/17

2) Fraeb, W. M.: 1. c., S. 53

Beide Zitate belegen, wie zu verschiedenen Zeiten unter dem Einfluß andersartiger sozialer und politischer Systeme entgegengesetzte Forderungen erhoben werden. Sie repräsentieren die Einstellung ihrer Zeit zur Frage der Entmündigung wegen Geisteskrankheit und Geistesschwäche. Der Zeitgeist vermochte in keinem Fall, den Gesetzestext zu wandeln, der unverändert seit dem Ende des 19. Jahrhunderts besteht. Es erscheint der Mühe wert zu untersuchen, wie weit der Geist einer Epoche es vermochte, die Einstellung der Richter und Sachverständigen zu beeinflussen, um so wirksam zu werden bei der Durchführung der Entmündigungsverfahren.

Die geschichtliche Entwicklung legt es nahe, drei Epochen in die Betrachtung einzubeziehen: die Weimarer Republik, das Dritte Reich und das Westdeutschland der Nachkriegszeit. Der Aufbau des Entmündigungsverfahrens und der Wortlaut des Gesetzestextes richten das Augenmerk auf folgende Punkte: die formale Abwicklung des Verfahrens, die Beurteilung der psychischen Erkrankung durch den medizinischen Sachverständigen und die Würdigung der zu besorgenden Angelegenheiten durch das Gericht.

V. DIE STATISTISCHE METHODIK

Das Anliegen der nun folgenden Untersuchung wird es sein, mit den Mitteln der beschreibenden Statistik zu versuchen, etwaige Wandlungen oder Gemeinsamkeiten in der Auffassung des Entmündigungsgedankens sichtbar zu machen.

Es interessiert nicht der herausragende Einzelfall einer Entmündigung, dessen Darstellungsform die Kasuistik ist, sondern das Entmündigungsverfahren schlechthin als die Summe vieler einzelner Verfahren. Nur eine größere Zahl von Fällen kann hier zu einer Aussage verhelfen. Der Fall ist dabei gleichbedeutend mit der Akte, die bei Stellung des Entmündigungsantrages durch das Gericht angelegt wird.

1. Die Grundgesamtheit der Untersuchung

Die Fälle sollen aus drei verschiedenen Zeitabschnitten stammen. Diese Gruppen müssen aus einer zumindestens ähnlich gearteten Grundgesamtheit entnommen sein, um einen Vergleich zu ermöglichen. Die Grundgesamtheit der Untersuchung in des Wortes weitestem Sinne bildet die Bevölkerung des Regierungsbezirkes Rheinhessen, aus dem sich die zu Entmündigenden und die Antragsteller rekrutieren. Rheinhessen bietet den Vorteil, während

der für die Untersuchung interessanten Zeitspanne im wesentlichen seinen Charakter als landwirtschaftlich orientierter Bezirk mit einigen Provinzstädten bewahrt zu haben. Dementsprechend zeigt auch die Entwicklung der Bevölkerungsdichte keine sprunghaften Veränderungen. Mainz hat erst in allerjüngster Vergangenheit begonnen, sich in Richtung einer modernen Großstadt zu entwickeln. Die Bedeutung dieser Tatsache wird deutlich, wenn man bedenkt, daß beispielsweise die bäuerliche Großfamilie einem Schwachsinnigen ausreichend Schutz und Existenzmöglichkeit bieten kann, während die im Wohnraum beschränkte Kleinfamilie des Industriearbeiters diese Funktion nicht mehr zu erfüllen vermag. Der Schwachsinnige wird Gefahr laufen zu scheitern bei dem Versuch, seine Angelegenheiten selbst zu besorgen und nun des früher überflüssigen Schutzes der Entmündigung bedürfen. Das Entmündigungsaktenmaterial der rheinhessischen Amtsgerichte Mainz, Oppenheim, Worms, Alzey, Wöllstein und Bingen ist daher in besonderem Maß zur Untersuchung geeignet.

2. Die Repräsentanz der Stichproben

Die Fälle sollen repräsentativ sein für die betreffende Periode. Bei der Auswahl der charakteristischen Jahrgänge sind allgemein logische Gesichtspunkte maßgebend. Es vergeht in der Regel einige Zeit zwischen der Äußerung einer Idee und ihrem Wirksamwerden. Die richtungweisenden Veröffentlichungen müssen bereits erschienen und das politische System muß seit etlichen Jahren stabilisiert sein. Die Zeit der Weimarer Republik ist vertreten durch die Akten der Jahrgänge 1926-28. Aus der Zeit des Dritten Reiches werden die Akten der Jahrgänge 1936-38 gewählt. Spätere Jahrgänge kommen nicht in Frage, da die Vergleichbarkeit der Stichproben durch den alle Lebensbereiche erfassenden Zweiten Weltkrieg gefährdet würde. Das Westdeutschland der Nachkriegszeit wird repräsentiert durch die Akten der Jahrgänge 1956-58. Zu diesem Zeitpunkt ist zu erwarten, daß die Konsolidierung des neuen Staates fortgeschritten ist und sich eigenständige Auffassungen herausgebildet haben, die der ruhigen Überlegung und nicht gefühlsmäßiger Abneigung gegenüber dem vergangenen Regime entspringen.

3. Der Stichprobenumfang

Die Aussagekraft der Untersuchung darf nicht gefährdet werden durch eine zu geringe Zahl von untersuchten Fällen. Die neun Jahrgänge liefern insgesamt 254 Entmündigungsakten. Davon entfallen 153 auf die Entmündigung nach § 6 Ziff.1. Bei überschlägiger Betrachtung erscheint die Zahl ausreichend,

die notwendigen Prozentangaben sinnvoll zu berechnen. 17 Fälle sind der kleinste Hundertsatz.

4. Die Aufbereitung der Daten

Eine abgeschlossene Entmündigungsakte enthält in der Regel als Informationsquellen ein kurzes ärztliches Attest, ein Protokoll der Vernehmung, ein umfangreiches ärztliches Gutachten und den Entmündigungsbeschluß. Die Vielzahl einzelner Daten soll einer statistischen Erfassung zugänglich gemacht werden. Diesem Ziel dient die Schaffung eines Fragebogens. Der Auswertung einer jeden Akte wird er als Schema zugrunde gelegt.

Bei den obigen Ausführungen ist festgestellt worden, daß sich aus sachlogischen Gründen eine Dreigliederung bei der Betrachtung des Entmündigungsverfahrens anbietet. Sie wird der ordnende Gesichtspunkt bei der Abfassung des Fragebogens sein.

Ein erster Abschnitt nimmt die Informationen auf über die formale Abwicklung des Verfahrens, wie: Amtsgericht, Aktenzeichen, Wortlaut des Antrages, Antragsteller, Datum der Antragstellung und des Beschlusses, Geburtsort, Geburtsdatum, Geschlecht und Wohnsitz des zu Entmündigenden, Inhalt des Gerichtsbeschlusses und Besonderheiten des Verfahrens, wie Zurückziehung des Antrages durch Eigeninitiative des Antragstellers, auf Empfehlung des Richters durch den Antragsteller, durch den Staatsanwalt nach Kenntnis des ärztlichen Gutachtens oder Anordnung einer vorläufigen Vormundschaft.

Ein zweiter Teil erfaßt die Beurteilung der psychischen Erkrankung durch den medizinischen Sachverständigen. Er fragt nach dem Vorliegen eines ärztlichen Attestes, Befund und Diagnose des medizinischen Hauptgutachtens, sowie Zahl und Dauer von Aufenthalten in Landesnervenkliniken.

Ein dritter Teil dient der Darstellung der zu besorgenden Angelegenheiten. Er unterrichtet über Familienstand, Nachkommenschaft, Umweltbedingungen, Lebensunterhalt, Beruf und Vorstrafen.

Es sei betont, daß der Bogen bewußt umfangreich gehalten ist, um den Informationsverlust gegenüber der Akte möglichst gering zu halten. Selbst bei sorgfältigster Planung der Untersuchung ergeben sich während der Durchführung neue Gesichtspunkte, die einen Rückgriff auf zunächst überflüssig gehaltene Details wünschenswert machen.

Jene Fakten, denen auf Grund von Beobachtungen in der Literatur oder beim

Studium der Akten die besondere Aufmerksamkeit des Verfassers gilt, werden (über die Zwischenstufe von Strichlisten) in Tabellen zusammengefaßt. Formale Besonderheiten bei der Gestaltung der einzelnen Tabellen werden im Rahmen ihrer inhaltlichen Diskussion besprochen. Bei den nun folgenden Betrachtungen des Zahlenmaterials kommt den Tabellen die Funktion eines Wegweisers zu, der die Richtung einer Entwicklung aufzeigt und die Diskussion in gefestigte Bahnen lenkt. Statistische Beweise werden nicht erwartet.

Nur einmal wurde bisher der Versuch unternommen, durch statistische Methoden Feststellungen über die Entmündigung nach § 6 Ziff. 1 BGB zu treffen. Hübner¹⁾ stellte seiner Arbeit: "Entmündigung wegen Geisteskrankheit, Geistesschwäche und Trunksucht" einen kurzen statistischen Teil voran. Gegliedert war die statistische Zusammenstellung nach den Regierungsbezirken, in denen der zu Entmündigende seinen Wohnsitz hatte, den Endurteilen der ärztlichen Gutachten, dem Alter des zu Entmündigenden bei der Begutachtung und den im Gutachten genannten klinischen Diagnosen. Eine brauchbare Berufsstatistik war, so stellt Hübner fest, nicht zu erbringen. Beachtenswert ist, daß die hier getroffenen Aussagen nicht auf der Auswertung aller dem Gericht vorliegenden Akten und der richterlichen Entscheidung beruhen, sondern allein auf den Formulierungen der ärztlichen Gutachter fußen. Damit scheidet die Möglichkeit eines Vergleiches der Hübner'schen Untersuchung mit der vorliegenden aus.

1) Hübner, A.H.: Entmündigung, 1.c., S.4-7

VI. DIE DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG

1. Die formale Abwicklung des Verfahrens

Tabelle 1:

	Stichprobenjahrzehnte			insgesamt
	1926-28	1936-38	1956-58	
Zahl der Entmündigungs-Anträge nach § 6 ₁	23	47	83	153

Die Zahl der Anträge auf Entmündigung nach § 6₁ gegliedert nach Stichprobenjahrzehnten.

Die 153 Fälle der Tabelle 1 stellen die Zahl der Anträge dar, nicht die der ausgesprochenen Entmündigungen. Die auffallend kleine Antragszahl der Stichprobe aus den zwanziger Jahren hat eine äußere Ursache. Bei den Amtsgerichten Mainz und Oppenheim wurden durch Kriegseinwirkung alle Entmündigungsakten von vor 1932 vernichtet. Einen Hinweis auf die tatsächliche Größe der Stichprobe der 20er Jahre liefert folgende Berechnung: In den 30er und 50er Jahren beträgt der Stichprobenanteil der untersuchten rheinhessischen Amtsgerichte, außer Mainz und Oppenheim, 45% der Akten. Unter der Annahme, daß die 1926-28 erhobenen 23 Fälle ebenfalls 45% der erwarteten Stichprobe ausmachen, ergeben sich als deren 100-Satz 51 Fälle. Dieser Näherungswert unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der 30er Jahre. Einen deutlichen Anstieg zeigt die Antragszahl in den 50er Jahren.

Angehörige und Staatsanwalt sind berechtigt, Entmündigungsanträge zu stellen. Die Zahl der von ihnen gestellten Anträge ist der quantitative Ausdruck des von der Bevölkerung empfundenen Bedürfnisses nach Entmündigung. Für die Zunahme der Antragstellung in den 50er Jahren kommen drei Hauptursachen in Frage.

Das Interesse an einer widerrechtlichen Entmündigung aus egoistischen Motiven hat zugenommen. Dies ist nicht sehr wahrscheinlich. In so kurzen Zeiträumen wandelt sich der Volkscharakter nicht wesentlich.

Die Zahl der geistigen Gebrechen hat erheblich zugenommen. Etwas Derartiges ist nicht bekannt. Eine Zunahme seniler Erkrankungen durch das allgemein höhere Lebensalter erklärt den starken Anstieg nicht hinreichend.

Die Angelegenheiten des einzelnen haben sich vermehrt oder an Umfang zugenommen. Diese Tatsache scheint zur Erklärung geeignet. Einige Beispiele mögen sie erläutern. Der Straßenkehrer von gestern steuert heute eine Straßenkehrmaschine. Der Bauer ist Leiter eines technisierten Betriebes, für den eine weitschauende Planung zur Lebensfrage geworden ist. Der Führerschein in der Hand eines gemüt- und haltlosen Psychopathen, eines geringgradig Schwachsinnigen bedeutet eine gefährliche Waffe, die sich sowohl gegen ihn als auch gegen die Gemeinschaft wendet.

Tabelle 2:

Zahl der Entmündigungs- Anträge nach § 6 ₁	Geschlecht		insgesamt
	männlich	weiblich	
Geisteskrankheit	35	39	74
Geistesschwäche	48	31	79
insgesamt	83	70	153

Die Zahl der Entmündigungsanträge gemäß § 6₁ gegliedert nach dem Umfang des Antrags und dem Geschlecht der Betroffenen.

Insgesamt sind die Entmündigungsanträge wegen Geisteskrankheit und Geisteschwäche etwa gleich häufig. Männer werden etwas häufiger von einem Entmündigungsantrag betroffen als Frauen, was sich zwanglos durch den größeren Kreis der Angelegenheiten erklären läßt, der sich aus der beruflichen Tätigkeit ergibt. Bei Männern überwiegen die Anträge wegen Geistesschwäche, während bei Frauen öfters die Entmündigung wegen Geisteskrankheit gefordert wird. Der größere Kreis der zu besorgenden Angelegenheiten des Mannes läßt zu einem früheren Zeitpunkt die Einsicht in die Notwendigkeit der Entmündigung aufkommen, in einem Stadium der Erkrankung, das noch eine beschränkte Geschäftsfähigkeit rechtfertigt. Durch diese Maßnahme wird der Mann, der ja meist der Ernährer ihm anvertrauter Personen ist, vor Ausbeutung geschützt, ohne an selbständiger Erwerbstätigkeit gehindert zu sein (Aschaffenburg¹⁾). Im Falle der Frau, die in hergebrachter Weise den Haushalt zu versorgen hat, wird die Antragstellung nur bei Geisteskrankheiten im engeren Sinne erfolgen und den höheren Grad der Entmündigung fordern. Es mag interessant sein zu verfolgen, ob die kommenden Jahre mit der stärkeren Teilnahme der Frau am Berufsleben diese Unterschiede aufheben werden.

(1) Aschaffenburg, G.: 1. c., S. 894

Aus Tabelle 3 ist zu entnehmen, daß in allen Stichprobenjahrzehnten der Anteil der vom Staatsanwalt gestellten Anträge größer ist als die Zahl der Verfahren, die durch die Initiative der nächsten Angehörigen in Gang gebracht werden. Während in den 20er und 50er Jahren die Antragstellung durch den Staatsanwalt in ähnlichem Umfang betrieben wurde, kam es im zweiten Stichprobenjahrzehnt zu einer deutlichen Steigerung der staatsanwaltschaftlichen Aktivität. Die Zahl der vom Staatsanwalt gestellten Anträge ist ein Maßstab der Bereitschaft des Staates, sich für das Wohlergehen jedes einzelnen seiner Bürger einzusetzen.

Tabelle 3:

		Stichprobenjahrzehnte		
		1926-28	1936-38	1956-58
Prozentsätze der Entmündigungsanträge nach § 6 ₁	Gestellt durch Staatsanwalt	55%	69%	58%
	Gestellt durch Angehörige	45%	31%	42%

Prozentsätze der nach § 6₁ gestellten Entmündigungsanträge, gegliedert nach den Antragstellern und den Stichprobenjahrzehnten, bezogen auf die Zahl der von den Richtern entschiedenen Entmündigungsanträge.

Tabelle 1 zeigte die absoluten Zahlen der Entmündigungsanträge in den Stichprobenjahrzehnten. Tabelle 4a bietet die prozentuale Verteilung der bezüglich dieser Anträge getroffenen richterlichen Entscheidungen. Da das ärztliche Gutachten in der Regel ein wichtiges Mittel der Urteilsfindung des Richters ist, kommt seine Stellungnahme auch in diesen Zahlen zum Ausdruck.

Tabelle 4 a und b:

a)

Prozentsätze der Behandlungsweisen von Entmündigungsanträgen	Stichprobenjahrzehnte		
	1926-28	1936-38	1956-58
Entmündigung ausgesprochen	74%	77%	53%
Entmündigung abgelehnt durch Gerichtsbeschluß	4%	13%	13%
Antrag zurückgezogen	22%	10%	34%

Die Prozentsätze der Behandlungsweisen von Entmündigungs-Anträgen bezogen auf die Zahl der nach § 6₁ gestellten Anträge, gegliedert nach Stichprobenjahrzehnten.

b)

Prozentsätze der Behandlungsweisen von Entmündigungsanträgen		Stichprobenjahrzehnte		
		1926-28	1936-38	1956-58
Entmündigung ausgesprochen		74%	77%	53%
Entmündigung abgelehnt	durch Beschluß	4,36%	13%	13%
	ohne Beschluß	4,36%	2%	24%
	insgesamt	9%	15%	37%
Antrag zurückgezogen		17%	8%	10%

Die gleiche Fragestellung wie unter a) mit anderer Definition der Behandlungsweisen.

Der Prozentsatz der durch Gerichtsbeschluß abgelehnten Entmündigungen ist in den 20er Jahren erstaunlich niedrig. In den 30er Jahren hat er sich verdreifacht und ist mit dem der 50er Jahre praktisch identisch. Die Prozentsätze der ausgesprochenen Entmündigungen liegen in den ersten beiden Jahrzehnten der Untersuchung in etwa gleicher Höhe. In den 50er Jahren sinkt der Prozentsatz um 20% ab. Die Addition der Prozentsätze ausgesprochener und abgelehnter Entmündigungen ergibt eine Differenz gegenüber 100%, die den Prozentsatz der zurückgezogenen Anträge repräsentiert. Eine gedankliche Verbindung zwischen der großen Zahl gestellter Entmündigungsanträge und dem hohen

Prozentsatz der zurückgezogenen Anträge in den 50er Jahren bietet sich an. Beide Zahlen scheinen dafür zu sprechen, daß der Entmündigungsantrag verantwortungslos gestellt wird, um später mit der gleichen Unbekümmertheit zurückgezogen zu werden.

Dieses Ergebnis überrascht und macht die eingehende Untersuchung aller zurückgezogenen Entmündigungsanträge aus den drei Stichprobenjahrzehnten notwendig. Dabei ergibt sich folgende erstaunliche Tatsache. Es besteht rechtlich die Möglichkeit, daß der Richter nach Kenntnis des ärztlichen Attestes oder auf Grund seiner bei der Vernehmung des zu Entmündigenden gewonnenen Einsicht dem Antragsteller rät, den Antrag auf Entmündigung zurückzuziehen, andernfalls werde er abgelehnt werden. Zwar ist dieses nur eine Empfehlung, doch ist die richterliche Autorität in der Regel geeignet, jene Empfehlung wirksam werden zu lassen.

Ebenso hat der Staatsanwalt - als Antragsteller - die Möglichkeit, den Antrag zurückzuziehen, sobald ihm bekannt wird, daß die Ergebnisse des ärztlichen Gutachtens die Ablehnung seines Antrages wahrscheinlich machen. In beiden Fällen sind die Ursachen der Antragsrücknahme identisch mit denen eines ablehnenden Beschlusses, der begründet ist im richterlichen Augenschein und im ärztlichen Gutachten. Der ablehnende Beschluß wird durch die Rückziehung des Antrags vorweggenommen.

Von diesen Möglichkeiten wurde in den beiden ersten Stichprobenjahrzehnten fast kein Gebrauch gemacht, während sie in den 50er Jahren eine häufig angewandte Verfahrenstechnik darstellen.

Tabelle 4 b bietet hinsichtlich der ausgesprochenen Entmündigungen gleiche Angaben wie Tabelle 4 a. In Tabelle 4 b gehen in die Gruppe der zurückgezogenen Anträge nur noch jene ein, die durch Eigeninitiative des Antragstellers zurückgezogen wurden. Die staatsanwaltliche Zurücknahme des Antrages unter dem Eindruck des ärztlichen Gutachtens sowie die der übrigen Antragsberechtigten durch den Einfluß richterlichen Anratens kommt in einer eigenen Zeile, unter dem Titel "Entmündigung abgelehnt ohne Beschluß" zur Darstellung. Sie geht in ihrer Eigenschaft eines antizipierten ablehnenden Beschlusses in die Gesamtzahl der abgelehnten Entmündigungen ein.

Dadurch ist der Prozentsatz der abgelehnten Entmündigungen in den 20er Jahren am niedrigsten, steigt im 2. Stichprobenjahrzehnt leicht an und erreicht in den 50er Jahren über ein Drittel der gestellten Anträge.

Der Prozentsatz der zurückgezogenen Anträge ist in den 20er Jahren am höch-

sten, erreicht einen Tiefstand in den 30er Jahren und bleibt im 3. Stichprobenjahrzehnt in diesem Bereich.

Die Daten der Tabelle 4 b zeigen, daß die Folgerung aus Tabelle 4 a auf einem Fehlschluß beruht. In den 50er Jahren steht einem großen Bedürfnis nach Rechtsschutz des geistig Gebrechlichen durch die Entmündigung ein hoher Prozentsatz von abgelehnten Anträgen gegenüber. Keines der beiden Stichprobenjahrzehnte der Vorkriegszeit kennt eine ähnliche Diskrepanz zwischen der Forderung nach Entmündigung und der Gewährung dieser Rechtswohltat. Der niedrige Prozentsatz der spontan zurückgezogenen Anträge im 3. Stichprobenjahrzehnt deutet auf ein überlegteres Handeln der Antragsteller hin.

Tabelle 5:

Prozentsatz der Verfahren mit einer Verfahrensdauer von:	Stichprobenjahrzehnte		
	1926-28	1936-38	1956-58
bis zu 6 Monaten	100%	87%	65%
mehr als 6 Monaten	0%	13%	35%

Der Prozentsatz der Entmündigungsverfahren nach § 6₁ mit einer Verfahrensdauer von unter und von über 6 Monaten bezogen auf die Zahl der von den Richtern entschiedenen Entmündigungsanträgen mit Angaben über diese Fragestellung, gegliedert nach Stichprobenjahrzehnten.

Tabelle 5 gibt Auskunft über die Zeit, die verstreicht zwischen der Stellung des Antrages und der Fassung des Gerichtsbeschlusses. Zur Beurteilung bestehender Zustände ist es oftmals wertvoll, nach den Intentionen des Gesetzgebers zu fragen. Bei Milferstaedt¹⁾ finden sich Angaben über die Arbeit der gesetzgebenden Organe. Der Kommissionsentwurf sah ein kontradiktorisches Verfahren bei dem Landgericht vor. Während der Beratungen im Reichstag stellte der Leiter der Provinzial-Irrenanstalt in Eberswalde, Dr. Zinn, als angesehener Abgeordneter zahlreiche Abänderungsanträge, welche angenommen wurden und den gesetzlichen Bestimmungen ihre heutige Form gaben. Eines seiner Hauptargumente gegen den landgerichtlichen Prozeß war die Umständlichkeit dieses Verfahrens, die dem Bedürfnis der geistig Kranken nach einem möglichst raschen Schutz nicht gerecht wird. In den 20er Jahren scheint die

1) Milferstaedt: 1. c., S. 105

Erinnerung an die Absichten des Gesetzgebers noch recht lebendig gewesen zu sein. Alle Verfahren waren nach einem halben Jahr beendet. Im 2. Stichprobenjahrzehnt sind etwas über 1/10 der Verfahren nach dieser Zeit noch nicht abgeschlossen. Der Prozentsatz der nach 6 Monaten noch nicht entschiedenen Anträge steigt in den 50er Jahren auf 35% an. Die lange Verfahrensdauer bedingt eine vermehrte Anordnung der vorläufigen Vormundschaft, um eine zwischenzeitliche Schädigung des zu Entmündigenden zu verhüten.

Tabelle 6:

		Stichprobenjahrzehnte		
		1926-28	1936-38	1956-58
Prozentsätze der Anordnung vorläufiger Vormundschaften	Entmündigung ausgesprochen	0%	2%	6%
	Entmündigung abgelehnt oder Antrag zurückgezogen	0%	0%	10%
	Insgesamt	0%	2%	16%

Die Prozentsätze vorläufiger Vormundschaften bei Entmündigungsverfahren nach § 6₁ gegliedert nach der Behandlungsweise des Antrags und nach Stichprobenjahrzehnten, bezogen auf die Zahl der gestellten Anträge.

Tabelle 6 zeigt, daß in den 20er Jahren in keinem Fall eine vorläufige Vormundschaft angeordnet wurde, während im folgenden Jahrzehnt der Untersuchung 2% und in den 50er Jahren 16% vorläufige Vormundschaften zu verzeichnen waren. Dabei fällt auf, daß 10% der vorläufigen Vormundschaften auf solche Verfahren entfallen, in denen es nicht zu einer Entmündigung kam. Hier wurde für einige Zeit das Recht der persönlichen Freiheit eingeschränkt, ohne daß entsprechende geistige Ausfälle vorlagen. Um solche Fehlentscheidungen zu vermeiden, erscheint es notwendig, die Entmündigungsverfahren rasch abzuwickeln, um so nach umfassender Kenntnis der Sachlage baldigen Schutz zu gewähren. Eine wegen schleppender Handhabung des Verfahrens angeordnete vorläufige Vormundschaft wird immer nur wirksam sein unter dem erheblichen Risiko einer ungerechtfertigten Einschränkung der persönlichen Freiheit.

Tabelle 7:

	Stichprobenjahrzehnte		
	1926-28	1936-38	1956-58
Prozentsatz der Verfahren mit Vorlage eines ärztlichen Attestes	67%	48%	76%

Der Prozentsatz der Entmündigungsverfahren nach § 6₁, bei denen ein ärztliches Attest vorlag, bezogen auf die Zahl der von den Richtern entschiedenen Entmündigungsanträge, gegliedert nach Stichprobenjahrzehnten.

Tabelle 7 gibt den Prozentsatz der Entmündigungsanträge an, welche unter Vorlage eines ärztlichen Attestes gestellt worden sind. Im 2. Stichprobenjahrzehnt wird in knapp der Hälfte der Fälle ein ärztliches Attest eingereicht. In den 20er Jahren ist der Prozentsatz erheblich größer und erreicht im 3. Stichprobenjahrzehnt mit etwas über 3/4 der Anträge einen Höchstwert. Zur Bedeutung des ärztlichen Attestes ist festzustellen, daß es geeignet ist, unüberlegte Antragstellungen zu verhindern. Betreibt ein Antragsteller aber planmäßig ein Verfahren um egoistischer Ziele willen, so wird es ihm durch einseitige Unterrichtung des betreffen den Arztes bisweilen gelingen, sich diese Unterlagen zu besorgen. Vor einer ungerechtfertigten Entmündigung zu schützen, ist die Aufgabe der Vernehmung des zu Entmündigenden durch den Richter im Beisein des medizinischen Sachverständigen und des umfassenden ärztlichen Gutachtens. Wenn Cohn¹⁾, um die Rechtssicherheit zu erhöhen, für die Einleitung des Verfahrens die Vorlage eines ausführlichen ärztlichen Gutachtens und eidesstattliche Versicherungen von möglichst uninteressierten Personen verlangt, welche die Handlungsunfähigkeit glaubhaft machen, so ist diese Forderung keineswegs glücklich. Unter solchen umständlichen Voraussetzungen wird niemand sich der Mühe unterziehen, einen notwendigen Antrag zu stellen. Den Interessen des psychisch Kranken ist es dienlicher und unterstreicht den sinnvollen Charakter dieser Kannbestimmung, wenn dem Attest kein allzu großer Wert beigemessen wird, wie es offenbar im 2. Stichprobenjahrzehnt geschehen ist. Der Schaden einer aus formalem Ungeschick unterlassenen notwendigen Antragstellung ist sicher größer als der einer überflüssigen Überprüfung der Mündigkeit, die dem Betroffenen keine rechtlichen Nachteile bringt. Das Verfahren bietet in jedem Fall die Gewähr, unlautere Motive aufzudecken.

1) Cohn, Th.: 1. c., S. 317

2. Die Beurteilung der psychischen Erkrankung durch den medizinischen Sachverständigen

Anhand der Tabelle 8 soll untersucht werden, welche Zusammenhänge bestehen zwischen den juristischen Begriffen der Geisteskrankheit und Geistesschwäche und den ihnen zugrunde gelegten psychischen Erkrankungen, ausgedrückt durch die im Gutachten genannten Diagnosen.

Tabelle 8:

Anzahl der Entmündigungen wegen:	Klinische Diagnose					insge- samt
	Schwach- sinn	Senile Demenz	Progr. Paralyse	Schizo- phrenie	Psycho- pathie	
Geisteskrankheit	11	3	4	29	2	51
Geistesschwäche	22	12	0	5	5	46
insgesamt	33	15	4	34	7	97

Die Zahl der Entmündigungen wegen Geisteskrankheit und Geistesschwäche gegliedert nach den zugrunde gelegten Diagnosen.

In der Kolonne Schwachsinn sind angeborener und früh erworbener Schwachsinn zusammengefaßt. 2/3 der Fälle wurden wegen Geistesschwäche entmündigt. Das Übergewicht der Entmündigungen wegen Geistesschwäche ist nicht bedingt durch das Dominieren geringerer Schwachsinnggrade, sondern ergibt sich aus der Tatsache, daß der Intelligenzmangel sich nicht selten mit einem gutmütig hilflosen Wesen verbindet. Die Kranken entwickeln keine Eigeninitiative, die in diesem Fall eine zusätzliche Gefährdung bedeuten würde. Die Entmündigung wegen Geisteskrankheit wird vor allem dort nötig, wo zur Minderbegabung noch schwere charakterliche Mängel hinzutreten, die oft zur Kriminalität und Verwahrlosung führen.

Die Kolonne senile Demenz erfaßt alle Fälle von Altersschwachsinn. Über 3/4 dieser Kranken wurden wegen Geistesschwäche entmündigt. Intellektueller Defekt und Abstumpfung gegenüber der Umwelt treffen hier besonders häufig zusammen. Hinzu kommt, daß die Angelegenheiten im allgemeinen eine Verringerung im Greisenalter erfahren.

Die 4 Fälle einer progressiven Paralyse wurde alle wegen Geisteskrankheit entmündigt. Das Kernsymptom ist auch hier die fortschreitende Demenz. Es treten aber noch andere Merkmale hinzu, die einen völligen Ausschluß aus dem Rechtsleben notwendig machen. Der Verlust ethischer Hemmungen, Urteilschwäche, Größenwahn und der expansive Charakter ihrer Verhaltensweise bringen einen außerordentlichen Grad sozialer Gefährdung mit sich.

Die Schizophrenie machte in mehr als 3/4 der Fälle eine Entmündigung wegen Geisteskrankheit erforderlich. Von dieser Krankheit werden alle seelischen Bereiche in besonders großem Ausmaß betroffen. Es kommt zu Denkzerfall, Wahnideen, Sinnestäuschungen, Gefühls-, Antriebs- und Ichstörungen. Im Verlaufe der Krankheit ergeben sich bleibende Wesensveränderungen. Das Verhalten der Kranken ist uneinfühlbar. Die Zerstörung des gesamten seelischen Gefüges, bei zumeist erhaltener physischer Handlungsfähigkeit, bedingt die erhebliche Gefährdung des Kranken, die es notwendig macht, seinen Handlungen jede rechtliche Wirksamkeit zu nehmen.

In den 3 Stichprobenjahrzehnten wurde keine Entmündigung wegen manisch-depressivem Irresein verzeichnet. Bei dieser Erkrankung folgt einer Phase der depressiven oder manischen Verstimmung ein Zeitraum seelischer Ausgeglichenheit. Das aus der Hemmung der Depression resultierende rein passive Unerledigt-Lassen der Angelegenheiten macht kaum den Schutz der Entmündigung nötig. Die Besorgung der Angelegenheiten wird nur verschoben, ohne daß es zu unsinnigen Dispositionen kommt. Bei dringlichen Erledigungen ist eine

Pflegschaft ausreichend. Der Antriebsüberschuß und die Selbstüberschätzung, die typisch für die Manie sind, bedingen zweifellos eine Gefährdung besonders der vermögensrechtlichen Interessen des Kranken. Es wird aber in vielen Fällen schwer sein, die dauernde Unfähigkeit zur Besorgung der Gesamtheit der Angelegenheiten nachzuweisen. Das verhältnismäßig seltene Auftreten der Manie mag auch dazu beigetragen haben, daß sie in dem untersuchten Material nicht nachweisbar war.

In 7 Fällen wurden Psychopathen entmündigt. 5 davon wegen Geistesschwäche. Umstritten ist die Frage, inwieweit Psychopathie als Entmündigungsgrund in Frage kommt. Psychopathie ist keine Krankheit, sondern eine angeborene Abnormität menschlicher Wesensart (Kloos¹⁾). Müller-Heß und Wiethold²⁾ haben zu diesem Problem ausführlich Stellung genommen. Unter Hinweis auf die Reichsgerichtsentscheidung vom 18.2.24 (JW 1925/937) erklären die Autoren, daß eine Entmündigung gerechtfertigt erscheint bei erhaltener formaler Intelligenz, aber minderwertigem Vorhandensein der übrigen geistig-seelischen Kräfte, insbesondere derjenigen des Gefühlslebens und der Willensfunktion.

In der Prostitution, als einer Entartung des Trieblebens auf psychopathischer Grundlage, primär einen Grund zur Entmündigung wegen Geistesschwäche zu sehen, wird allgemein abgelehnt. Wenn K. Petersen³⁾ die Entmündigung von Prostituierten in Hamburg beschreibt, so waren es stets Fälle mit schweren Defekten des Intellekts, des Willens-, Gefühls- und Trieblebens. Den Nachweis der Unfähigkeit zur Besorgung der eigenen Angelegenheiten sah Petersen erbracht in der Umgehung der staatlichen Gesundheitskontrolle, Beischlafdiebstählen oder der Hörigkeit gegenüber einem Zuhälter. In Rheinhessen ist in den 3 Stichprobenjahrzehnten kein einziger derartiger Fall zur Entmündigung gekommen.

Die Entmündigung wegen Geistesschwäche kommt vor allem bei haltlosen Psychopathen mit infantiler Persönlichkeitsstruktur in Frage (Gerson⁴⁾).

1) Kloos, G.: Psychiatrie u. Neurologie, München 1960, S.426

2) Müller-Heß und Wiethold: 1. c., S.13.

3) Petersen, K.: 1. c., S.157-65

4) Gerson, W.: 1. c., S.217-21

Tabelle 9:

Alter in Jahren	Entmündigung wegen:		Klinische Diagnose:					übrige Fälle
	Geistes-krankheit	Geistes-schwäche	Schwachsinn	Senile Demenz	Progr. Paralyse	Schizo-phrenie	Psychopathie	
11-20	1	2	2				1	
21-30	9	10	13			6		
31-40	11	6	8			7	2	
41-50	10	7	1		1	10	2	3
51-60	13	5	8		3	7		
61-70	3	10	1	8		2	1	1
71 u. mehr	3	6		7		1	1	
keine Angab.	1					1		

Altersverteilung der Entmündigten bei Ausspruch der Entmündigung wegen Geisteskrankheit und Geistesschwäche sowie die Altersverteilung in bezug auf die klinische Diagnose.

Tabelle 9 versucht die Beziehungen darzustellen zwischen Entmündigungs-
alter, dem Grad der Entmündigung sowie der Diagnose des Entmündigungs-
gutachtens. Die sozialen Auswirkungen einer Krankheit und damit die Ent-
mündigungsreife werden verständlicherweise erst einige Zeit nach dem Aus-
bruch der Erkrankung bzw. nach dem Offenbarwerden des Versagens festzu-
stellen sein. Abgesehen von dieser zeitlichen Verschiebung ist bei einer
durch das Lebensalter bedingten Häufung der Erkrankungen eine gleichartige
Häufung der Entmündigungen zu erwarten.

Entmündigungen wegen Geisteskrankheit finden sich im 2.-4.Lebensjahrzehnt
in praktisch gleicher Häufigkeit.

Im 5.Dezennium ist ein, wenn auch nicht sehr charakteristischer Anstieg zu
verzeichnen. Die folgenden Jahrzehnte zeigen wesentlich kleinere Entmün-
digungszahlen.

Die gleichmäßig hohen Entmündigungszahlen der ersten Lebensjahrzehnte
werden gestellt von den Schizophrenen und den schwachsinnigen Asozialen.
Der mäßige Anstieg im 5.Lebensjahrzehnt ist offenbar bedingt durch das Hin-
zukommen der progressiven Paralyse.

Bei der Entmündigung wegen Geistesschwäche finden sich zwei Gipfel. Der
eine im Jahrzehnt der Mündigwerdung, der andere zwischen dem 60. und
70.Lebensjahr. Im übrigen findet sich bis in das hohe Alter eine fast gleich-
bleibende Zahl von Entmündigungen. Der erste Höhepunkt ergibt sich aus
der Notwendigkeit, den gerade mündig gewordenen Schwachsinnigen wieder
in die beschränkte Geschäftsfähigkeit zurückzusetzen, der zweite aus dem
Auftreten der Altersdemenzen.

An der gleichmäßigen Verteilung über alle Jahrzehnte haben die Entmündi-
gungen wegen Psychopathie teil.

Tabelle 10 gibt einen Überblick darüber, wie groß in den 3 Stichproben-
jahrzehnten der Prozentsatz jener Kranken ist, die vor ihrer Entmündigung
in einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt behandelt wurden. In den 20er
Jahren waren es weniger als ein Zehntel der Patienten. Fast ein Viertel der
Fälle sind es im zweiten Stichprobenjahrzehnt. In den 50er Jahren fand sich
bei Dreiviertel der Kranken ein Anstaltsaufenthalt in der Anamnese.

Tabelle 10:

	1926-28	1936-38	1956-58
Prozentsatz der Entmündigten mit vorausgegangenen Anstaltsaufenthalt	6%	22%	77%

Der Prozentsatz der nach § 6₁ Entmündigten mit vorausgegangenem Aufenthalt in einer Irrenanstalt, bezogen auf die Zahl der von den Richtern ausgesprochenen Entmündigungen, gegliedert nach Stichprobenjahrzehnten.

Zweifellos sind die Landesnervenkliniken im Laufe der letzten Jahrzehnte erweitert worden. Die Aussichten auf eine dort vorgenommene erfolgreiche Behandlung sind bei einigen Erkrankungen erheblich gestiegen. Die Verbringung in eine Landesnervenklinik ist heute im Denken der Bevölkerung weniger als in früheren Jahren ein Akt der Entrechtung und Diffamierung, so daß die Betroffenen leichter in diese Maßnahme einwilligen. Zweifellos sind diese Fakten für die starke Zunahme der Anstaltsaufenthalte mitverantwortlich, aber es kommt in diesen Zahlen auch eine deutliche Zurückhaltung gegenüber der Entmündigung in der Nachkriegszeit zum Ausdruck. Zum wiederholten Mal muß die Schwere eines Leidens durch die Einweisung in eine Landesnervenklinik zum Ausdruck gebracht und durch die Stellungnahme des dort behandelnden Arztes bestätigt werden, ehe es zur Entmündigung kommt. Das Zögern bedeutet eine zusätzliche Gefährdung des zu Entmündigenden, dem Zeit geboten wird, seine Angelegenheiten gänzlich zu zerrütten.

3. Die Würdigung der zu besorgenden Angelegenheiten durch das Gericht

Tabelle 11:

Beruf	Anzahl der Entmündigungen
landwirtschaftlicher Arbeiter	5
selbständiger Bauer	15
ungelernter Arbeiter	6
gelernter Arbeiter u. Angestellter	8
selbständiger Gewerbetreibender	3
Akademiker	3
hauswirtschaftlich tätige Personen	26
Rentner	4
ohne Beruf	19
keine Angaben	8

Berufsgliederung der wegen Geisteskrankheit und Geisteschwäche Entmündigten.

In Tabelle 11 wird festgestellt, aus welchen Berufsgruppen die in den drei Stichprobenjahrzehnten Entmündigten stammen.

Landwirtschaftliche Arbeiter wurden nur in geringer Zahl entmündigt. Sie leben meist im Schutze einer bäuerlichen Familie, und die geistigen Voraussetzungen zur Erledigung ihres in der Regel sehr begrenzten Pflichtenkreises sind recht gering. Entsprechend den beruflichen Anforderungen ist die Anzahl der entmündigten selbständigen Bauern wesentlich größer. Schon geringere geistige Ausfälle machen sie schutzbedürftig. Nicht klein ist die Zahl entmündigter ungelernter Arbeiter trotz der Unkompliziertheit ihres Berufes. Dieser Berufsstand ist seit jeher ein Sammelbecken der intellektuell und charakterlich Minderwertigen, von Grenzfällen, die bei einer geringfügigen Verschlechterung ihres Geisteszustandes der Entmündigung bedürfen. Hinzu kommt, daß sie nicht, wie der landwirtschaftliche Arbeiter, in das feste

Gefüge einer gesunden Familie eingebettet sind. Die Entmündigungszahlen der gelernten Arbeiter und Angestellten, der selbständigen Gewerbetreibenden und der Rentner bieten keine hervorstechenden Gesichtspunkte. Die Zahl der entmündigten Akademiker erscheint, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, hoch. Als Ursache kommt die Differenziertheit der ihnen obliegenden Aufgaben in Frage. In die Gruppe der hauswirtschaftlich tätigen Personen sind die Hausfrauen und Hausgehilfinnen eingegangen. Diese Gruppe stellt den absoluten Höchstwert der Tabelle dar. Hierzu muß man sich vergegenwärtigen, daß auch heute noch der überwiegende Teil aller Frauen einen Haushalt versorgt, ohne außerdem noch einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Weniger der Umfang der Angelegenheiten als die zahlenmäßige Stärke dieses Berufsstandes erklärt die hohe Zahl der Entmündigungen. Die Hausgehilfinnen sind oft minderbegabte, alleinstehende Mädchen. Verlieren sie ihre Stellung infolge geistiger Unzulänglichkeiten, so gleiten sie häufig rasch in die Verwahrlosung und Kriminalität ab. Zur Stellung eines Entmündigungsantrages kommt es meist zu spät, da sich niemand zur Antragstellung findet. Die Zahl der Entmündigten ohne Beruf ist ebenfalls hoch. Dieser Personenkreis besteht vor allem aus erheblich Schwachsinnigen, die nie in der Lage waren, einen Beruf zu erlernen und früher oder später nach Erlangung der Geschäftsfähigkeit entmündigt werden.

Tabelle 12:

	Stichprobenjahrzehnte		
	1926-28	1936-38	1956-58
Prozentsatz der Entmündigten ohne Berufsangaben	6%	3%	14%

Der Prozentsatz der nach § 6₁ Entmündigten ohne Berufsangaben, bezogen auf die Zahl der von den Richtern ausgesprochenen Entmündigungen, gegliedert nach Stichprobenjahrzehnten.

Tabelle 12 gibt Auskunft, in wieviel Prozent der ausgesprochenen Entmündigungen in den einzelnen Stichprobenjahrzehnten sich keine Berufsangaben finden. Im ersten Stichprobenjahrzehnt finden sich in 6% der Fälle keine Berufsangaben. Der Prozentsatz verkleinert sich auf die Hälfte in den 30er Jahren und steigt auf über das Vierfache dieses Wertes in den 50er Jahren an. Der Beruf ist ein entscheidendes Kriterium bei der Beurteilung der zu besorgenden

Angelegenheiten. Offensichtlich wurde im 2. Stichprobenjahrzehnt seiner Feststellung und damit der Frage nach den Angelegenheiten besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Berufsangaben wurden in den 50er Jahren am lückenhaftesten erhoben.

Tabelle 13:

Prozentsatz der Entmündigten mit Lebensunterhalt aus:	Stichprobenjahrzehnte		
	1926-28	1936-38	1956-58
eigener Erwerbstätigkeit oder Vermögensverwaltung	76%	72%	50%
privater oder öffentlicher Unterstützung	18%	25%	36%
keine Angaben	6%	3%	14%

Die prozentuale Verteilung der Erwerbsformen bei nach § 6₁ Entmündigten, bezogen auf die Zahl der von den Richtern ausgesprochenen Entmündigungen, gegliedert nach Stichprobenjahrzehnten.

Tabelle 13 stellt fest, wodurch der Entmündigte unmittelbar vor der Entmündigung in den untersuchten Stichprobenjahrzehnten seinen Lebensunterhalt bezogen hat. Es wird dabei geprüft, ob er zu einer Erwerbstätigkeit fähig war bzw. sein Vermögen selbständig verwalten konnte, oder ob er privater bzw. öffentlicher Unterstützung anheimfiel. Die Erwerbsform des Lebensunterhaltes ist nicht in jedem Fall identisch mit dem in Tabelle 11 erfaßten Beruf. Bisweilen liegt die Ausübung des erlernten Berufs schon einige Zeit zurück, wenn die Entmündigung eingeleitet wird. In diesen Fällen kam es unter dem Einfluß des Entmündigungsgrundes zum Überwechseln in eine einfachere Erwerbstätigkeit, zu einem sozialen Abstieg, der bis zum Empfang öffentlicher Unterstützung führen konnte. Während der Kreis der Personen, der sich aus eigener Erwerbstätigkeit oder Vermögensverwaltung seinen Lebensunterhalt erwirbt, 3/4 aller Fälle des 1. Stichprobenjahrzehnts ausmacht, sinkt der Prozentsatz, nach einem geringfügigen Rückgang in den 30er Jahren, im 3. Stichprobenjahrzehnt auf die Hälfte aller Entmündigten ab. Die Gruppe derer, die privater oder öffentlicher Unterstützung teilhaftig werden, ist in den 20er Jahren am niedrigsten, erreicht im 2. Stichprobenjahrzehnt 1/4 der Fälle und stellt in den 50er Jahren über 1/3 der Entmündigten.

Keine Angaben über den Erwerbsmodus des Lebensunterhaltes finden sich in den 30er Jahren nur bei 3% der Fälle. Im 1. Stichprobenjahrzehnt ist der Prozentsatz doppelt so hoch und steigt im 3. Stichprobenjahrzehnt auf den vierfachen Wert an.

Verschiedene Gründe lassen sich anführen für den Rückgang des Prozentsatzes derjenigen Entmündigten in den 50er Jahren, die unmittelbar vor der Entmündigung ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bezogen haben.

Die Zunahme fürsorgereischer Maßnahmen aus öffentlichen Mitteln in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kann nur in beschränktem Umfang als Ursache für die in Tabelle 13 beobachteten Veränderungen angesehen werden. Die Gruppe der Entmündigten, die einer Unterstützung bedürfen, ist annähernd gleich geblieben, da als Voraussetzung fürsorgereischer Maßnahmen unverändert die Unfähigkeit zur Ausübung einer eigenen Erwerbstätigkeit gefordert wird. Die Zunahme öffentlicher Unterstützung ist zum Teil auch dadurch bedingt, daß sie an die Stelle der früheren privaten Fürsorge getreten ist. Der Wandel des Unterstützungsmodus spielt aber in diesen Ausführungen keine Rolle, da in Tabelle 13 öffentliche und private Unterstützung in einer Tabellenzeile zusammengefaßt sind.

Die Diskussionen der Tabellen 1, 2 und 4 b haben Hinweise geliefert auf ein verantwortungsbewußtes, wohlüberlegtes Handeln der Antragsteller in den 50er Jahren. Die Annahme, daß die Nachlässigkeit der Antragsteller dazu geführt hat, daß der geistig Gebrechliche erst dann der Entmündigung zugeführt wird, wenn seine Existenz zerrüttet ist und er zum Empfänger staatlicher Fürsorge geworden ist, erscheint daher nicht sehr wahrscheinlich.

Noch eine dritte mögliche Erklärung für das Absinken des Prozentsatzes eigener Erwerbstätigkeit vor der Entmündigung bietet sich an. Unter dem Eindruck der Mißachtung der Menschenwürde und der Freiheit der Person im Dritten Reich könnte unter den Richtern und den ärztlichen Gutachtern eine Zurückhaltung in der Frage der Entmündigung als einem Eingriff in die Rechte des einzelnen Platz gegriffen haben, die in den 50er Jahren in der verstärkten Neigung zum Ausdruck kommt, erst dann einen Grund zur Entmündigung zu sehen, wenn der psychisch Kranke sogar die geringfügigen Angelegenheiten eines Unterstützungsempfängers nicht mehr wahrnehmen kann. Die willkürliche Festsetzung eines Standardmaßes der Entmündigungsreife in Form der Unfähigkeit zur Besorgung der Angelegenheiten eines Fürsorgeempfängers wird der vom Gesetz durch das Wort "seine" Angelegenheiten zum Ausdruck gebrachten Forderung nach der Beurteilung der individuellen Angelegenheiten eines jeden zu Entmündigenden

nicht gerecht. Das Nichtbesorgenkönnen der eigenen Angelegenheiten erst dann gegeben zu sehen, wenn alle Lebensbereiche des zu Entmündigenden zerrüttet sind, widerspricht dem Schutzgedanken des Gesetzgebers. Sobald erste sichere Anzeichen einer Nichtbesorgung aller der Aufgaben, die vor dem Auftreten der psychischen Erkrankung wahrgenommen wurden, vorliegen und ein längeres Bestehen der Krankheit von ärztlicher Seite angenommen werden muß, ist eine Entmündigung angebracht (Langelüddecke¹⁾, Hübner²⁾).

Der Prozentsatz der Fälle, in dem eine Charakterisierung der Angelegenheiten durch die Feststellung der Erwerbsformen des Lebensunterhaltes unterbleibt, ist in den 50er Jahren am höchsten.

Tabelle 14:

	Stichprobenjahrzehnte		
	1926-28	1936-38	1956-58
Prozentsatz der Entmündigten mit Vorstrafe	29%	3%	14%

Der Prozentsatz der vorbestraften Personen unter den nach § 6₁ Entmündigten bezogen auf die Zahl der von den Richtern ausgesprochenen Entmündigungen, gegliedert nach Stichprobenjahrzehnten.

Tabelle 14 gibt den Prozentsatz der Personen an, die vor ihrer Entmündigung nach § 6 Ziff.1 BGB straffällig geworden sind. Der höchste Prozentsatz an Vorstrafen findet sich in den 20er Jahren mit fast einem Drittel der Fälle. Im 2. Stichprobenjahrzehnt sind nur 3% mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Die 50er Jahre bringen wieder einen Anstieg des Prozentsatzes der Vorbestraften auf 14%. Hartmann³⁾ kennzeichnet 1936 in einer Arbeit über "Die Entmündigung als Mittel der Verbrechensverhütung" die Aufgabe der Entmündigung folgendermaßen: "Die Bedeutung dieses außerstrafrechtlichen Sicherungsmittels liegt in der Bekämpfung solcher Individuen, deren Gefährlichkeit sich noch nicht zu strafbaren Handlungen verdichtet hat." Einen ähnlich sozialen Akzent setzt die amtliche Begründung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses⁴⁾. Dort wird die Entmündigung beschrieben als "eine der All-

1) Langelüddecke, A.: l.c., S. 413

2) Hübner, A.H.: Lehrbuch, l.c., S. 413

3) Hartmann, G.: l.c., S. 20

4) zitiert v. Hartmann, G.: l.c., S. 22

gemeinheit dienende fürsorgliche Maßnahme". Die Entmündigung wird in den beiden Zitaten der ihr vom Gesetzgeber zugedachten Funktion enthoben, eine Schutzmaßnahme zu sein im alleinigen Interesse des zu Entmündigenden. Derartige Veröffentlichungen waren geeignet, die Aufmerksamkeit der Richter und Sachverständigen nachdrücklich auf die Frage der Verbrechensverhütung durch die Entmündigung zu lenken. In keinem Fall der vorliegenden Untersuchung wurde in dem isolierten Vorhandensein verbrecherischer Neigungen ein Grund zur Entmündigung gesehen. Doch mag der niedrige Prozentsatz vorbestrafter Entmündigter in den 30er Jahren darauf hindeuten, daß die Gerichte bei der Überprüfung der Entmündigungsreife in der Verhütung strafbarer Handlungen durch die Entmündigung eine Wahrung schutzwürdiger Interessen des zu Entmündigenden sahen.

VII. KRITISCHE BETRACHTUNG DER ERGEBNISSE

Es wurde das Aktenmaterial der rheinhessischen Amtsgerichte Mainz, Oppenheim, Worms, Alzey, Wöllstein und Bingen anhand von Stichproben untersucht. Da die Stichproben repräsentativ sein sollten für die Zeit der Weimarer Republik, das Dritte Reich und das Westdeutschland der Nachkriegszeit, wurden die Jahrgänge 1926-28, 1936-38 und 1956-58 gewählt. Es fanden sich in diesen Jahren insgesamt 254 Entmündigungsakten. Davon entfielen 153 auf die Entmündigung nach § 6 Ziff.1 BGB. Diese wurden in der Arbeit untersucht.

Es findet sich ein deutlicher Antieg der Zahl der gestellten Entmündigungsanträge in den 50er Jahren. In krassem Gegensatz zur Höhe der gestellten Anträge steht der Prozentsatz der ausgesprochenen Entmündigungen, der im 3. Stichprobenjahrzehnt im Vergleich zu den Vorkriegsjahren um rund 25% zurückgeht. - Es zeigen sich Geschlechtsunterschiede bezüglich des Betroffenseins von Entmündigungsanträgen und in bezug auf den geforderten Grad der Entmündigung. - Während der Anteil der von dem Staatsanwalt gestellten Entmündigungsanträge in den 20er und 50er Jahren knapp über 50% liegt, erreicht er in dem 2. Stichprobenjahrzehnt fast 3/4 aller Fälle. - Der Prozentsatz der Verfahren mit einer Dauer von mehr als 6 Monaten ist ebenso wie der Prozentsatz der Anordnung vorläufiger Vormundschaften in den 20er Jahren am geringsten. In den 50er Jahren erreicht er einen absoluten Höchstwert. - Bei Eröffnung des Verfahrens liegt in den 30er Jahren der geringste Prozentsatz ärztlicher Atteste vor. - Es

läßt sich deutlich eine Abhängigkeit erkennen zwischen der klinischen Diagnose und damit auch der Symptomatologie einer psychischen Erkrankung und dem in der Regel gewählten Umfang der Entmündigung. - Eine Abhängigkeit zwischen dem Auftretensalter der Erkrankung und dem Alter bei der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche konnte nachgewiesen werden. - Der Prozentsatz der Entmündigten, die vor ihrer Entmündigung in einer geschlossenen Anstalt behandelt wurden, hat sich in den 50er Jahren vervielfacht. - Es scheint ein deutlicher Zusammenhang zu bestehen zwischen dem Beruf und damit dem Grad der Angelegenheiten und der Zahl der in der betreffenden Berufsgruppe notwendigen Entmündigungen. - Der Prozentsatz fehlender Angaben über die Angelegenheiten des zu Entmündigten ist in den 50er Jahren am höchsten. - Eine Besonderheit der 50er Jahre ist der große Prozentsatz der Fälle, in denen es erst nach einem längeren sozialen Abstieg unter dem Einfluß des Entmündigungsgrundes zur Entmündigung kommt. - Der Prozentsatz der Vorbestraften ist in den 30er Jahren am niedrigsten.

Die Entmündigung ist der weitestreichende Eingriff in die Rechtssphäre des einzelnen, den das Bürgerliche Gesetz kennt. Wird sie wegen Geisteskrankheit ausgesprochen, so ist der Betroffene aus dem Rechtsleben ausgeschlossen. Leitmotiv aller Entscheidungen, die die Entmündigung betreffen, muß das Wohl des zu Entmündigenden sein (Langelüddecke¹⁾, Gruhle²⁾, Hübner³⁾). Die Bürde der Verantwortung, die eine Entscheidung in der Entmündigungsfrage mit sich bringt, sollte immer wieder von neuem empfunden werden und Grund sein, daß sich gründliche Erforschung der Gegebenheiten mit dem Mut zur Entscheidung verbindet. Der hilflose Mensch, den sein geistiges Gebrechen einer bisweilen mitleidlosen Umwelt ausliefert, steht im Mittelpunkt richterlichen Bemühens. Die Technik hat den Menschen leistungsfähiger gemacht. Das Bewußtsein der Macht muß jedoch gebändigt werden durch das Bewußtsein der Verantwortung. Der psychopathische Jugendliche mit infantiler Charakterstruktur konnte früher nachreifen unter dem Einfluß einer fürsorglichen Familie. Heute entzieht er sich der Kontrolle auf dem "Sattel eines Mopedes", das ihn jeglicher Gefahr näher bringt. Der Erwachsene muß in großem Maß eigene Entscheidungen treffen, selbständig planen. Das Verhalten der Eltern ist keine Schablone mehr zur Vewältigung der Gegenwart in

1) Langelüddecke, A.: 1.c., S.143

2) Gruhle, H.W.: 1.c., S.172/73

3) Hübner, A.H.: Lehrbuch, 1.c., S.406

dieser schnellebigen Zeit. Der alternde Mensch findet heute seltener Schutz in einer ihm wohlwollenden jungen Familie. Die Bevölkerung empfindet die Zunahme der Hilflosigkeit. Es werden vermehrt Entmündigungsanträge gestellt, doch sie finden weniger als früher Gehör. Der bange Gedanke an eine Zeit der Unterdrückung der Freiheit darf den Gedanken an dieses Rechtsgut nicht so überwertig machen, daß das Interesse des Gebrechlichen leidet. Indem der Staatsanwaltschaft vom Gesetzgeber das Recht der Stellung eines Entmündigungsantrages eingeräumt wird, übernimmt der Staat die Mitverantwortung für das Wohlergehen seiner geistig gebrechlichen Bürger. Der Umfang der Antragstellungen durch den Staatsanwalt in den 30er Jahren weist auf das mögliche Ausmaß staatlicher Initiative hin. Das Wohl des zu Entmündigenden muß bei der Abwicklung des Verfahrens oberstes Gesetz sein. Eine rasche, wenn auch wohlüberlegte Entscheidung muß getroffen werden, um die unter Umständen gefährvolle Frist zwischen Antrag und Beschluß so kurz wie möglich zu halten. Die vorläufige Vormundschaft dient der Abwendung unmittelbarer Gefahr von dem Kranken, nicht aber der Vermeidung einer bedrohlichen Situation, die durch ein schleppendes Verfahren bedingt ist. In solchen Fällen besteht immer die Gefahr, daß für längere Zeit die persönliche Freiheit eines Kranken eingeengt wird, den der Gerichtsbeschluß für nicht der Entmündigung bedürftig erklärt. Die Vernehmung durch den Richter im Beisein des medizinischen Sachverständigen und das umfassende ärztliche Gutachten sind in jedem Fall ein ausreichender Schutz vor einer ungerechtfertigten Entmündigung. Das Recht der Freiheit läuft bei der Durchführung eines Verfahrens nicht Gefahr, unbegründet beseitigt zu werden. Da die Schutzfunktion der Entmündigung nur auf Antrag eintritt, sollte die Antragstellung an möglichst wenig Formalitäten gebunden sein, die abschreckend auf einen Antragsteller wirken könnten. Die gerichtliche Praxis des 2. Stichprobenjahrzehnts, dem ärztlichen Attest keine allzu große Bedeutung beizumessen, erscheint sinnvoll. Die Entmündigungsnotwendigkeit eines Kranken ergibt sich aus der Wechselbeziehung zwischen der Krankheit und dem Kreis der Angelegenheiten des zu Entmündigenden. Ändert sich eine der beiden Entmündigungsursachen, so ist eine Überprüfung der getroffenen Entscheidung notwendig. Jedes Entmündigungsverfahren schließt die Möglichkeit einer Wiederbemündigung in sich. Es muß daher die Aufgabe des ärztlichen Gutachters sein, seine Befunde nicht nur genau zu erheben, sondern die Art und Weise ihrer Erhebung exakt darzustellen. Nur so kann in einem späteren Verfahren der dringend notwendige Vergleich mit der Vergangenheit durchgeführt werden. Bei der starken Zunahme derjenigen zu Entmündigenden, die vor der Antragstellung Insassen einer geschlossenen Anstalt waren, kommt den dort tätigen Psychiatern die Aufgabe zu zu überprüfen, in

welchen Fällen die gesetzlichen Voraussetzungen zu einer Entmündigung gegeben sind, um dann bei den Angehörigen oder dem zuständigen Staatsanwalt die Stellung eines Entmündigungsantrages anzuregen. Auch hier ist eine frühzeitige und damit rechtzeitige Antragstellung kein Akt der Freiheitsberaubung, sondern das Ergebnis einer in rechter Weise empfundenen moralischen Verpflichtung. Ohne Kenntnis der zu besorgenden Angelegenheiten ist keine Entmündigung möglich. Es darf keine Mühe gescheut werden, sie mit größter Exaktheit zu ergründen. Der in Anbetracht seiner Bedeutung hohe Prozentsatz fehlender Angaben über den Beruf oder die Art und Weise, wie der Lebensunterhalt erworben wird, besonders in jüngerer Vergangenheit, weist dem Bemühen um eine gerechte Entscheidung ein wichtiges Untersuchungsfeld zu. Leider finden sich immer wieder ärztliche Gutachten, die die Angelegenheiten nur in dem Schlußsatz erwähnen, der resümierend feststellt, daß die Krankheit und das Nicht-besorgen-Können der Angelegenheiten eine Entmündigung notwendig machen. Auffallend groß ist in den 50er Jahren der Prozentsatz derjenigen Entmündigten, die erst nach einem sozialen Abstieg zur Entmündigung kamen. In solchen Fällen ist ein eindeutiger Nachweis der Entmündigungsreife möglich, so eindeutig, daß eine Entscheidung mühe- und risikolos zu treffen ist. Diese Sicherheit und Bequemlichkeit wird jedoch um den Preis eingehandelt, daß in diesem Stadium der Nutzen zum Schutze des zu Entmündigenden nur noch ein geringer ist, wenn nicht schon jede Maßnahme zu spät kommt. Es ist durchaus gerechtfertigt, in der Verhütung eines Verbrechens durch die Entmündigung eine sehr bedeutsame Nebenwirkung derselben zu sehen (Langenlütdecke¹⁾). Die sichtbaren Erfolge des 2. Stichprobenjahrzehnts in dieser Hinsicht sollten Anlaß sein, bei der Überprüfung der Entmündigungsreife auch die Frage der Verhütung möglicher strafbarer Handlungen im Hinblick auf das Wohl des zu Entmündigenden zu untersuchen.

Das Schutzbedürfnis des heutigen Menschen hat zugenommen. Der Entscheidungsfreudigkeit und dem von gründlichem Bemühen getragenen Verantwortungsbewußtsein der Richter und der medizinischen Sachverständigen wird es obliegen, die Entmündigung in größerem Maße als bisher zu einer wirkungsvollen Schutzmaßnahme für den geistig Gebrechlichen werden zu lassen, so wie sie dem Gesetzgeber schon im vergangenen Jahrhundert vorschwebte.

1) Langenlütdecke, A.: 1. c., S. 143

VIII. ZUSAMMENFASSUNG

Anhand der Entmündigungsakten rheinhessischer Amtsgerichte aus den Jahren 1926-28, 1936-38, 1956-58 wurde untersucht, ob Unterschiede bestehen bezüglich der Durchführung der Entmündigung nach § 6 Ziff.1 BGB in der Zeit der Weimarer Republik, des Dritten Reiches und des Deutschlands der Nachkriegszeit.

Bei der Durchführung der Entmündigung in der Zeit der Weimarer Republik zeigten sich Richter und ärztliche Gutachter bemüht, dem zu Entmündigenden Schutz zu gewähren durch eine baldige, wirkungsvolle Einschränkung der Fähigkeit, nachteilige Rechtsgeschäfte einzugehen.

Unter den untersuchten Akten des Dritten Reiches fand sich kein Fall einer ungerechtfertigten Entmündigung. Die Verfahren wurden gründlich und schnell durchgeführt. Die Entscheidungen waren getragen von dem Grundsatz, dem Wohl des zu Entmündigenden zu dienen, der sich verband mit dem Mut zu einem so weitreichenden Eingriff in die Rechte des einzelnen.

Ein eindrucksvoller Wandel in der Handhabung der Entmündigung wurde in den 50er Jahren beobachtet. In allen Phasen des Entmündigungsverfahrens machte sich ein Zögern bemerkbar, ein Streben nach risikoloser Entscheidung, die das Maß persönlicher Verantwortung auf ein Minimum reduzierte. Gleichzeitig ließ die Gründlichkeit nach, mit der die zur Grundlage des Entmündigungsverfahrens gemachten Angaben zusammengetragen wurden. Dieses Verhalten gewährleistete oftmals nicht einen ausreichenden Schutz des geistig-seelisch Kranken.

IX. LITERATURVERZEICHNIS

1. Aschaffenburg, G.: Die Entmündigung der Geisteskranken. Münch.med. Wschr. 28 (1898), S.892-895
2. Cohn, Th.: Gewährt das Entmündigungsverfahren wegen Geisteskrankheit und Geistesschwäche genügend Schutz gegen Entmündigung? Jurist. Wschr. 4 (1925), S.316-319
3. Fraeb, W.M.: Sucht. Die Gemeinschaft als Maßstab der Rechtspersönlichkeit. Zugleich eine Überprüfung der Mündigkeits- u. Entmündigungsbestimmungen. Vjschr. Fürsorge Suchtkranke u. Alkoholgefährdete 3 (1942), S.51-56
4. Gerson, W.: Fürsorgeerziehung u. Entmündigung. Zentralblatt Jugendrecht Jugendwohlfahrt 41 (1954), S.217-221
5. Gruhle, H.W.: Bürgerliches Gesetzbuch. In A.Hoche: Handbuch der gerichtlichen Psychiatrie, 3. Aufl., Berlin 1934, S.154-88
6. Hartmann, G.: Entmündigung als Mittel der Verbrechensverhütung. Jahrb.d.Gefängnisgesellschaft Halle 52 (1936), S.19-29
7. Hübner, A.H.: Entmündigung wegen Geisteskrankheit, Geistesschwäche und Trunksucht. Veröff.Medizinalverw. 3 (1921), S.1-78
8. Hübner, A.H.: Lehrbuch der forensischen Psychiatrie. Bonn 1914, S.405-487
9. Langelüddeke, A.: Gerichtliche Psychiatrie. Berlin 1950, S.142-161
10. Milferstädt, O.: Die Entwicklung des deutschen Entmündigungsverfahrens. Dtsch.Jurist.Ztg. 6 (1898), S.105-109
11. Müller-Hess, V. u. Wiethold, F.: Zur Entmündigung der asozialen Psychopathen. J.-Kurse ärztl.Fortb. 9 (1931), S.13-29
12. Petersen, K.: Voraussetzungen der Entmündigungen bei Unzuchttreibenden. Dtsch.Ztschr.Wohlfahrtspflege 18 (1942), S.157-165
13. Petersen, K.: Entmündigung geistesschwacher Prostituierten. Allg. Ztschr.Psychiatr. (Psych.-gerichtl.Med.). Beiblatt Ztschr.psych.Hygiene. Beiblatt B 15 (1942), S.67-76

Um einen umfassenden Überblick über die Thematik der Entmündigung zu gewinnen, wurde noch folgende Literatur eingesehen, ohne daß sich neue Gesichtspunkte für die Gestaltung der vorliegenden Arbeit ergeben hätten.

14. Aufsess, E.: Verfahren in Entmündigungssachen nach dem Entwurf zur ZPO. Ztschr.dtsch.Zivilprozeß 58 (1933), S.124-136

15. Beringer, K.: Einiges über Entmündigungsfragen f.d.Praxis. J.-Kurse ärztl.Fortb. 5 (1934), S.1-4
16. Berse, J.: Entmündigungsordnung und Irrenanstalten. Jahrb.Psychiatr. Neurol. 39 (1920), S.47-116
17. Binswanger, L.: Entmündigungsgutachten. Nervenarzt 8 (1935), S.470-478
18. Bischoff, -. : Österreich.Entmündigungsordnung. Psychiatr.Bemerkungen. Mschr.Kriminalpsychol. 12 (1922), S.1-32
19. Bovensiepen, -. : Reform unseres Entmündigungswesens u. Irrenrechtes. Natur u. Gesellsch. 8 (1924), S.68-73
20. Bovensiepen, -. : Lücken im Entmündigungsverfahren. Dtsch.Jurist.Ztg. 4 (1929), S.303
21. Buch, W.v.: Der Entmündigungsantrag gegen eine Ehegatten. Ztschr. ges.Fam.Recht, Ehe u. Familie im priv.u.öffentl.Recht 4 (1957), S.403-405
22. Ehrenzweig, A.: Zur Reform des Entmündigungsrechtes. Österreich.Zbl.jurist.Praxis 51 (1933), S.269-275
23. Ehrenzweig, A.: Rechtsmittel im Entmündigungsverfahren. Dtsch.-österr. Notariats-Ztg. 75 (1933), S.56-61
24. Eissler, G.: Entmündigungsgründe nach dtsh.Recht. Arch.zivilist.Prax. 26 (1941), S.219-300
25. Enge, I.: Entmündigung Prostituierten. Sozialhyg.Geschl.Krankh. 1942, S.45
26. Enge, I.: Entmündigung Prostituierten. Allg.Ztschr.Psychiatr. (psych.-gerichtl.Medizin). Beibl.Ztschr.psych.Hygiene 14 (1942), S. 78-86
27. Fischer, G.: Das Verfahren betreffend den Entzug der Handlungsfähigkeit in den Formen der streitigen Gerichtsbarkeit. Das Beispiel im aargauischen Recht. Jurist.Diss. Zürich 1962
28. Frage der Testierfähigkeit des voll Entmündigten. Jurist.Blätter 58 (1929), S.141
29. Franke, G.: Das Antragsrecht bei Entmündigung und Einsetzung einer Pflegschaft. Geisteskrankenpflege 35 (1931), S.307
30. Geilenfeld, -. : Ist das Verfahren in Entmündigungssachen verbesserungsbedürftig? Dtsch.Recht, Ausg.B, 12 (1942), S.109
31. Giesler, -. : Besonderheiten im Versicherungsverhältnis eines Entmündigten. Jurist.Rundsch.Priv.Vers. 11 (1934), S.129-131
32. Grasshof, -. : Reformbedürftigkeit des Entmündigungsverfahrens wegen Geisteskrankheit und des Verfahrens betr.Unterbringung in einer Irrenanstalt. Dtsch.Richterztg. 4 (1932), S.113

33. Handl, -. : Österreich. Entmündigungsordnung. Jurist. Bemerkungen. Mschr. Kriminalpsychol. 12 (1922), S. 33-64
34. Henzel, K. -H.: Sozialrechtl. Gesichtspunkte bei der Erstattung ärztl. Gutachten im Entmündigungsverfahren. Dtsch. Gesundheitswes. 41 (1954), S. 1237-1243
35. Kaufmann, I.: Das Entmündigungsverfahren im Kanton Zürich. Schweiz. Zentralbl. f. Staats- u. Gemeindeverwaltung 2/5 (1924), S. 17-20, 49-53
36. Kellner, H.: Aufhebung der Entmündigung ohne Ausspruch über die geistige Erkrankung. Neue jurist. Wschr. München 15 (1962), S. 2287-2289
37. Kirchner, K.: Entmündigungsrecht. Rechtsprax. 37 (1933), S. 84
38. Lusche, E.: Einige Bemerkungen zum Entmündigungsverfahren. Neue Justiz - Ztschr. Recht u. Rechtswissenschaft 12 (1958), S. 415-417
39. Meister, O.: Strafprozessuale Entscheidung über Entmündigte. Richter-Ztg. Vereinigung dtsh. Richter Staatsanw. Tschech. Reg. Sitz Eger 15 (1933), S. 78
40. Mitteilungen in Entmündigungs- u. Pflégenschaftsachen. A. V. d. Nds. Minist. d. Inn. n 108 Niedersächsische Rechtspflege 5 (1949), S. 83
41. Naegele, O.: Zur Reform des Entmündigungsverfahrens. Ztschr. dtsh. Recht 19 (1925), S. 281-293
42. Nobel, H.: Entmündigte in der Wehrmacht, in den Rüstungsbetrieben und in der deutschen Arbeitsfront. Vjschr. Fürsorge f. Suchtkranke und Alkoholgefährdete. 3 (1940), S. 25
43. Oehmig, -. : Entmündigt nach § 6 Abs. 1 BGB und strafrechtlich verantwortlich. Allg. Ztschr. Psychiatr. psych. gerichtl. Med. 102 (1934), S. 448
44. Pohle, -. u. Bürger-Prinz, -. : Über die Entmündigung von Querulanten. Dtsch. Richterztg. 11 (1932), S. 312
45. Rähl, H.: Fragen des Rechtsschutzes im Entmündigungsverfahren. Neue jurist. Wschr. 13 (1960), S. 1378-1380
46. Raimann, E.: Zur Praxis der Entmündigung. Jahrb. Psychiatr. Neurol. 44 (1925), S. 95-137
47. Rechtsinstitut d. Entmündigung im Rahmen d. geplanten Bewährungs-gesetzes. Nachrichtendienst dtsh. Vereins öffentl. u. priv. Fürsorge 21 (1940), S. 163
48. Reichel, H.: Publizität der Entmündigung. Dtsch. Jurist. Ztg. 33 (1928), S. 1465

49. Reimann, -.: Bemerkungen zum Aufsatz von Dr. E. Diener zur Frage des Einflusses der Entmündigung auf die Dienstfähigkeit eines Beamten. *Ärztl. Sachverst. Ztg.* 14 (1921), S. 187
50. Riese, W.: Aufhebung der Entmündigung wegen Geistesschwäche bei noch bestehender Geistesschwäche. *Justiz* 4 (1929), S. 603-621
51. Rittershausen, E.: Beitrag zur Frage der Entmündigung. *Psychiatr.-neurol. Wschr.* 12 (1934), S. 89-93
52. Rittershausen, E.: Rechtl. Stellung der Entmündigten. *Arch. Psychiatr.* 73 (1925), S. 312-318
53. Schultze, E.: Bürgerliches Gesetzbuch. In A. Hoche: *Handbuch der gerichtl. Psychiatrie*, 1. Aufl., Berlin 1901
54. Schumacher, W.: Genügt eine psychiatrische Gutachtenerstattung ohne vorherige Untersuchung des zu Entmündigenden nach der Zivilprozeßordnung? *Med. Welt* 7 (1933), S. 1150
55. Seebert, H.: Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche? *Psychiatr.-neurol. Wschr.* 31 (1929), S. 301-303
56. Zimmermann, F.: Tragweite u. vermehrte Publizität der Entmündigungen. *Schweizer Jurist. Ztg.* 25 (1928/29), S. 289

Zum Schluß ist es mir eine angenehme Aufgabe,
Herrn Professor Dr. med Dr. phil. K. W a g n e r für die Überlassung
des Themas sowie die Unterstützung und Anregung bei Abfassung
der Arbeit meinen Dank auszusprechen.

Ebenfalls danke ich Frau Dr. phil. E. S a c h s e für Mithilfe
und Beratung.



LEBENS LAUF

Am 10.7.1939 wurde ich, Ernst Sprenger, in Mainz als Sohn der Eheleute Dr.med. Ernst Sprenger und Dr.med. Katharina Sprenger, geb. Baedorf, geboren. In Mainz besuchte ich das staatliche Gutenberg-Gymnasium. Am 28.2.1958 bestand ich dort meine Reifeprüfung. Nach zweisemestrigem Studium der Medizin in München legte ich am 10.3.1959 an der dortigen Universität den ersten Teil der ärztlichen Vorprüfung ab. Im dritten Semester setzte ich mein Studium in Genf fort, um im vierten Semester wieder in München zu studieren. Das fünfte Semester verbrachte ich in Mainz und bestand dort am 26.10.1960 das Physikum. Die sechs klinischen Semester studierte ich in Mainz, wo ich am 10.3.1964 das medizinische Staatsexamen ablegte. Mit der Ableistung der Medizinalassistentenzeit begann ich am 1.4.1964.





